



Hessische Ministerin für Bundes-  
und Europaangelegenheiten und  
Bevollmächtigte des  
Landes Hessen beim Bund

## **Regierungserklärung**

**der Hessischen Ministerin für Bundes- und  
Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des  
Landes Hessen beim Bund**

**Lucia Puttrich**

**„Gemeinsam für ein starkes Europa  
- zusammen für ein starkes Hessen“**

**22. Mai 2018**

*Es gilt das gesprochene Wort*

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

das Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung dokumentiert jedes Jahr die weltweiten Kriege und Konflikte. Für 2017 verzeichnet es 36 Kriege oder begrenzte Kriege rund um den Globus. 2016 waren es 38.

Warum stelle ich diese Zahlen an den Anfang einer Regierungserklärung über Europa? Weil Sie und ich und die meisten Deutschen von heute zum Glück noch niemals die schrecklichen Folgen eines Krieges am eigenen Leib gespürt haben. Wir leben seit Jahrzehnten in **Frieden, Freiheit und Wohlstand**. Und das, sehr geehrte Damen und Herren, verdanken wir dem vereinten Europa.

Allerdings haben wir uns so sehr an diesen Zustand gewöhnt, dass viele ihn für selbstverständlich halten. Ein Blick über die Grenzen dieses Kontinents lehrt, dass er das nicht ist. Es ist sehr leicht, über Europa zu schimpfen und seine Schwächen zu beklagen. Ich möchte stattdessen ganz bewusst die Stärken und Errungenschaften in den Vordergrund stellen, die uns alle verbinden – ohne dabei die Herausforderungen zu vernachlässigen, die vor uns liegen.

## **Zukunftswochen**

Die Hessische Landesregierung hat den Zusammenhalt in der Gesellschaft ganz aktuell zum Gegenstand ihrer Zukunftswochen gemacht (5. Mai bis 3. Juni). Hier fügt sich die Regierungserklärung zum Thema Europa bestens ein. Denn so wie wir in der Familie, im Verein oder in den Kommunen auf das Miteinander setzen, lebt auch Europa vom gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Auch dort sollten wir uns vor allem mit den großen Dingen beschäftigen, die uns verbinden, und weniger mit den kleinen, die uns trennen. Wir müssen Europa viel mehr ins Bewusstsein der Menschen bringen und Europa im Alltag vermitteln. Deshalb brauchen wir solche Zukunftswochen auch auf europäischer Ebene.

Die Europäische Union ist zu allererst eine Wertegemeinschaft. Es sind unsere gemeinsamen Vorstellungen von Freiheit, friedlichem Zusammenleben, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechten, die uns Europäer verbinden – und zwar viel mehr als jene Dinge, über die wir uns nicht einig sind.

## Deutsch-Französische Freundschaft

Die deutsch-französische Freundschaft war und ist eine der wichtigsten Grundlagen für dieses Europa. **Hessen lebt diese Freundschaft durch seine aktive Partnerschaft mit der Region Nouvelle Aquitaine.**

Die EU braucht den deutsch-französischen Motor, um notwendige Reformen umzusetzen. Gerade im Moment wird in der Öffentlichkeit aber ein Gegensatz zwischen dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel gezeichnet.

Dieses Bild ist falsch. Sowohl Paris als auch Berlin haben den klaren Willen, die Europäische Union fortzuentwickeln. Nur dann kann sie die politischen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Aufgaben der Zukunft lösen.

Der Koalitionsvertrag in Berlin trägt eine eindeutige europäische Handschrift. Im Zentrum der aktuellen deutsch-französischen Beziehungen wird die Neuauflage des Elysée-Vertrags stehen.

Bundeskanzlerin Merkel und Präsident Macron wissen, dass die Fortentwicklung der Europäischen Union aber nur erfolgreich sein wird, wenn alle Mitgliedstaaten daran teilhaben. Die Europäische Union ist eine Gemeinschaft aus noch 28 Staaten

mit unterschiedlicher Geschichte, mit verschiedenen Stärken und Schwächen. Diese Staaten haben ein gemeinsames Interesse, aber teilweise unterschiedliche Erfahrungen und deshalb verschiedene Sichtweisen.

In keinem Fall darf Europa weiter aufgespalten werden in Klein und Groß, in Nord und Süd, in „Club Med“ und „Visegrad“. Deshalb brauchen wir insbesondere bei der Reform der EU am Ende den Konsens. Zahlreiche Vorschläge liegen hierzu auf dem Tisch.

Wir leben unter einem gemeinsamen Dach mit gemeinsamen Werten. Daher hat der Kompromiss dort seine Grenzen, wo er an den Kern unserer Gemeinschaft rührt. Die aktuelle Debatte um Rechtstaatlichkeit ist ein sehr gutes Beispiel. Meine Position ist klar: Die Grundwerte Europas sind nicht verhandelbar. Wer Mitglied der Europäischen Union ist oder werden will, muss sie einhalten. **Es gibt keine „Mitgliedschaft light“.**

Deshalb ist es richtig, dass die EU ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen wegen der umstrittenen Justizreform eingeleitet hat und es möglicherweise ein weiteres Verfahren gegen Ungarn geben wird.

Es darf nicht sein, dass Staaten zwar die Vorteile der Europäischen Union in Anspruch nehmen wollen, die

Grundwerte aber missachten und das Prinzip der Solidarität nur akzeptieren, wenn es gerade passt. **Hier müssen wir uns in letzter Konsequenz durchaus fragen, ob solche Staaten noch Mitglied sein können.**

Die Frage der europäischen Werte stellt sich bei allen Mitgliedern und natürlich bei denen, die es werden wollen. Deshalb ist es wichtig, dass die EU in der vergangenen Woche beim Gipfel in Sofia den Ländern des Westbalkans die Beitrittsperspektive gezeigt hat. Es ist aber richtig, diesen Ländern klarzumachen, dass vor dem Beitritt noch große Entwicklungsschritte nötig sind. Und eines ist für mich ganz wichtig: **Vor einer nochmaligen Erweiterung muss die Reform in der EU stehen. Diese dürfen wir nicht auf die lange Bank schieben.**

### **Türkei/Hessen-Bursa**

Das führt mich zu einem weiteren Thema: die Türkei. Vor zwei Wochen war ich in Ankara. Mitglieder des Europaausschusses haben mich begleitet.

Die Türkei ist seit 2005 offizieller Beitrittskandidat. Wir haben bei unseren Gesprächen den klaren Wunsch türkischer Politiker zum EU-Beitritt gehört. Doch die Taten der Regierung sprechen leider eine andere Sprache. Mit jedem Tag entfernt sich das Land weiter von den Werten, für die Europa steht.

Viel spricht dafür, dass sich die Türkei mit den vorgezogenen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 24. Juni als parlamentarische Demokratie verabschieden und sich zur Diktatur wandeln wird. Die Wahlen finden im Ausnahmezustand statt, schon jetzt ist klar, dass sie nicht fair sein werden.

Unabhängige Medien gibt es praktisch nicht mehr. Während Präsident Erdogan fast rund um die Uhr über die Bildschirme flimmert, findet die Opposition kaum statt.

**Umso wichtiger ist es, dass möglichst viele Wahlbeobachter vor Ort den eigentlichen Urnengang genau prüfen.**

Generell habe ich ein Klima zunehmender Angst gespürt. Die Angst vor Repressionen oder Verhaftung unter dem pauschalen Vorwurf der Unterstützung von Terroristen gehört inzwischen zum Alltag.

**Die Türkei hat in dieser Form keine Aussicht auf die Mitgliedschaft in der Europäischen Union.** Trotzdem ist und bleibt sie ein wichtiger Partner.

Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei sind so eng wie mit keinem anderen Land. In Deutschland leben rund 3,5 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln – in der Türkei

mehrere Millionen Rückkehrer aus Deutschland. Allein in Hessen leben rund 300.000 türkeistämmige Bürgerinnen und Bürger, etwa 150.000 davon mit türkischer Staatsangehörigkeit.

Die EU und Deutschland sind deshalb gut beraten, wenn sie eine andere zukunftsfähige Form der Beziehung **ohne** eine EU-Mitgliedschaft der Türkei finden.

Dass eine enge Zusammenarbeit möglich ist, zeigen die türkische Flüchtlingsarbeit und die Umsetzung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens. Meine internationalen Gesprächspartner haben dies einhellig bestätigt.

Bestehende Kontakte in die Türkei dürfen wir deshalb nicht abreißen lassen, sondern müssen sie intensivieren. Aus diesem Grund werde ich mich weiter für die Regionalpartnerschaft mit Bursa einsetzen. Bei meinem Besuch in Ankara habe ich dies auch zum Ausdruck gebracht.

### **Herausforderungen**

Die Europäische Union ist die größte Erfolgsgeschichte der vergangenen hundert Jahre. Sie hat Frieden geschaffen und bewahrt, sie ist zum größten Binnenmarkt der Welt geworden und hat so die Basis für Wohlstand, Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen. Sie hat das Potenzial, zum Friedensgaranten in der



Welt zu werden. Sie muss aber dieses Potenzial auch nutzen.

Nach außen wie nach innen steht die EU vor großen Herausforderungen. In einer immer komplexeren Welt werden auch die Probleme immer komplexer und die Antworten schwieriger.

Die globalen Flüchtlingsströme sind ohne Zweifel eine der größten Aufgaben. Die Europäische Union muss hier zu einer gemeinsamen Migrationspolitik finden, ihren Beitrag zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern leisten und gemeinsam die Außengrenzen schützen.

Auch ohne Donald Trump wäre es an der Zeit, dass Europa in der Welt mehr Verantwortung übernimmt. Aber der amerikanische Präsident macht uns schmerzlich bewusst, dass Europa erwachsen werden muss.

Die USA waren über Jahrzehnte der „natürliche“ Partner Europas. Nun gehen sie zunehmend unabgesprochen eigene Wege: beim Freihandel, beim Klimaabkommen, beim Atomabkommen mit dem Iran oder der Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels. Diese Entwicklung berührt uns Hessen in besonderer Weise, denn unsere Bindungen zu Amerika sind – nicht nur durch das US-Hauptquartier in Wiesbaden – seit jeher sehr eng.

Im Verhältnis zu Russland gibt es bisher ebenfalls keine wirklichen Zeichen der Entspannung. Die Beziehungen sind nach wie vor unter anderem durch die völkerrechtswidrige Besetzung der Krim belastet. USA und Russland sind politisch und militärisch im Nahen Osten engagiert. Von dort gehen im Moment ganz erhebliche Risiken auch für Europa aus.

Auf dieses komplexe Gefüge in der Welt können wir nur gemeinsam eine Antwort finden. Hier kann und muss die Europäische Union zukünftig eine zentrale und selbstbewusste Rolle spielen.

### **Nationale Egoismen**

Dennoch stehen viele Menschen diesem gemeinsamen Europa kritisch gegenüber. Sie wünschen sich einfache Antworten auf komplexe Zusammenhänge wie z.B. die Globalisierung. Sie glauben, dass der ungebundene und vermeintlich stärkere Nationalstaat diese Antwort ist.

Diesen Tendenzen müssen wir entschlossen entgegenwirken, um Populisten und Extremisten keinen Boden zu bereiten.

## **Brexit**

Der Brexit ist leider ein Ergebnis solcher Strömungen. Die Menschen in Großbritannien spüren schon jetzt die Folgen ihrer fatalen Entscheidung. Alte Konflikte, die überwunden schienen, drohen wieder aufzubrechen - wie zum Beispiel in Nordirland. Dort ist wegen der Frage, wie eine offene Grenze zwischen der Republik Irland und Nordirland aussehen soll, sogar das Karfreitagsabkommen gefährdet.

Auch bei uns wird jeder Bereich unseres Alltags durch den Brexit beeinflusst werden. **Die Hessische Landesregierung hat dies frühzeitig erkannt und ist vorbereitet.**

Zuallererst geht es dabei um die Menschen. Allein in Hessen leben mehr als 10.000 britische Staatsbürger – Tendenz steigend. Sie fragen sich, was mit ihnen nach dem Brexit wird. 2016 haben 100 Briten bei uns die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt. 2017 gab es dagegen rund 900 Anträge. Das spricht für sich. (Quelle: RP Darmstadt)

Der Brexit wird Folgen für die Wirtschaft haben. Etablierte Lieferketten sind künftig massiv beeinträchtigt. Nehmen Sie als Beispiel Opel: Auch in Rüsselsheim werden Teile verbaut, die in ihrem Veredelungsprozess bis zu sechs Mal die Grenze zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU passieren.

Logistik-Experten haben errechnet, dass schon zwei Minuten Zollabfertigung pro Fahrzeug bis zu 30 Kilometer Stau an der Grenze bedeuten können. Hier drohen höhere Kosten, Produktionsverzögerungen oder sogar Standortverlagerungen. Einige Firmen haben vorsorglich begonnen, Lagerflächen in Großbritannien anzumieten und zu befüllen, um auch nach dem Brexit liefern zu können.

Große Firmen wie Opel haben eigene Brexit-Planungsstäbe. Kleine und mittelständische Betriebe unterstützen wir gemeinsam mit unseren Kollegen in Brüssel oder den lokalen Wirtschaftsförderern sowie der Hessenagentur und den Industrie- und Handelskammern. (Wirtschaftsministerium und Stabstelle)

Noch viel präsenter sind die Auswirkungen des Brexit auf die Finanzindustrie und aus hessischer Perspektive auf den Finanzplatz Frankfurt. Hier stehen wir mit allen relevanten Partnern und Marktteilnehmern in regem Kontakt. Dabei sind wir erfolgreich und führen bei der Ansiedelung oder dem Ausbau von Finanzinstituten den europäischen Wettbewerb an.

Zentrales Thema ist für uns außerdem die Stabilität des europäischen Finanzmarktes. Wir müssen uns frühzeitig darauf vorbereiten, dass bestehende Mechanismen und Strukturen der Finanzaufsicht so fortentwickelt werden, dass sie in Zukunft

wirksam sind. Kommission und Europaparlament diskutieren hier aktuell einschneidende Veränderungen, die nach unserer Bewertung vor allem die Kompetenzen der EU-Aufsichtsbehörden stärken.

Das würde zu Lasten der Qualität geschehen, die durch die nationalen Aufsichtsbehörden gewährleistet ist. Gewinner dieser Entwicklung wäre Paris mit den beiden Aufsichtsbehörden ESMA und EBA. **Frankfurt ist aber heute DIE Aufsichtsmetropole im Finanzsektor und soll es bleiben.**

Außerdem wollen wir die kleinen und mittleren Institute, die die deutsche Bankenlandschaft prägen, vor überzogenen Regulierungsmechanismen schützen.

Beim Euroclearing haben wir ebenfalls eine eindeutige Position. In London werden derzeit allein im Handel von auf Euro lautenden Derivaten jährlich 80 Billionen Euro bewegt. Das meiste davon in einem einzigen Clearinghaus. Nach dem Brexit würde es außerhalb der EU stattfinden und im Krisenfall zulasten des europäischen Steuerzahlers abgewickelt. Das lehnen wir ab. Hier haben wir erreicht, dass ein Problembewusstsein in Brüssel vorhanden ist und werden nicht locker lassen.

Wir brauchen und wollen das Vereinigte Königreich weiter als starken Partner, gerade auch als Sicherheits- und

Bündnispartner. Wir werden den harten Brexit aber nicht um jeden Preis vermeiden. Wir hoffen auf den bestmöglichen Ausgang und wappnen uns zugleich für das Schlimmste.

### **Miteinander statt übereinander reden**

Der Brexit hat uns gezeigt, dass die Europäische Union alles andere ist als eine Selbstverständlichkeit.

Doch dieser Kontinent hat viel zu bieten. Die Mehrheit der Deutschen weiß dies. Sie wünschen sich Leidenschaft für die EU. Das freut mich und bestärkt mich darin, weiter mit Leidenschaft für dieses großartige Projekt zu arbeiten.

Im europäischen Gefüge ist der Austausch mit unseren Partnerregionen sehr wichtig. Hessen ist hier stark aufgestellt und überaus aktiv. Wir pflegen enge Beziehungen in die Emilia-Romagna, die Wielkopolska und die Nouvelle Aquitaine. In unserem Mehr-Regionen-Haus in Brüssel vertreten wir unsere Positionen gemeinsam.

Das haben wir zum Beispiel Anfang des Jahres mit unserem Vier-Regionen-Papier zur EU-Kohäsionspolitik getan. Wir wollen, dass stärkere Regionen auch künftig bei der Vergabe von EU-Strukturmitteln berücksichtigt werden. Sie haben eine Lokomotivfunktion für andere Regionen in Europa und tragen

deshalb besondere Belastungen. Dieser Ansatz hat auch Aufnahme in den Koalitionsvertrag der Bundesregierung gefunden.

## **Ziele und Handlungsfelder für Europa**

Wir müssen in der EU wieder stärker mit einer Stimme sprechen, so wie wir es beispielsweise bei den Russlandsanktionen oder beim Atomabkommen mit dem Iran schaffen.

Gemeinsam müssen wir nicht nur die globalen, sondern auch die ganz praktischen Herausforderungen in der Europäischen Union lösen. **Deshalb setzt sich die Hessische Landesregierung dafür ein, dass wir**

- gemeinsam einen neuen Mehrjährigen Finanzrahmen mit einer starken Kohäsionspolitik für alle Regionen und mit auskömmlichen Mitteln für die Landwirtschaft schaffen. Das stärkt auch die ländlichen Regionen Hessens.
- gemeinsam die Wirtschafts- und Währungsunion vertiefen und sichern sowie Vorsorge für künftige Banken Krisen treffen. Dabei werden wir unsere hessische Expertise als bedeutendster Bankenstandort auf dem Kontinent einbringen.

- gemeinsam die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen.
- gemeinsam die Forschung in Europa stärken. Nur so schaffen wir Arbeitsplätze für morgen – auch beim Forschungsstandort Hessen - und sichern damit unsere Stellung in der Welt.
- gemeinsam einen Rahmen für die Digitalisierung mit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung für neue Technologien schaffen. Dies wird auch die Digitalisierung in Hessen weiter vorantreiben.
- gemeinsam für die jungen Menschen das Austauschprogramm Erasmus durch eine Verdoppelung im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen stärken. Wenn unsere Jugend ins Ausland geht und junge Menschen aus Europa nach Hessen kommen, ist das der größtmögliche Beitrag zur Völkerverständigung.
- gemeinsam den Schutz der Grenzen voranbringen, Zuwanderung kontrollieren und Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen. Wir können diese Probleme nicht in Deutschland und schon gar nicht in Hessen lösen, dazu brauchen wir die EU.



- weiterhin gemeinsam den Terrorismus bekämpfen und über eine gemeinsame Verteidigungspolitik sprechen.

## **Bürger mitnehmen**

In ziemlich genau einem Jahr werden wir das Europaparlament neu wählen. Diese Zeit sollten wir nutzen, um für Europa zu werben und seine Vorteile und Chancen in den Mittelpunkt zu stellen.

Dabei möchte ich Ihren Blick, sehr geehrte Damen und Herren, auf etwas lenken, worüber wir sehr froh sein können: auf das Engagement der Menschen für Europa hier in Deutschland und speziell in Hessen. Denn das macht Mut!

Die Europawoche ist gerade beendet. Wenn man die Leidenschaft sieht, mit der die Menschen für dieses gemeinsame Europa eintreten, dann ist das mehr wert als der immer gleiche Vortrag der Europaskeptiker.

Bei Schulbesuchen merkt man, wie sehr die Jugend für dieses Europa brennt. Für sie ist die EU Lebensrealität und Zukunftschance! Die Idee, mittelfristig allen jungen Europäern ein Interrail-Ticket zur Verfügung zu stellen, unterstütze ich aus vollem Herzen, denn sie ermöglicht neue Sichtweisen.

In zahlreichen Veranstaltungen in Hessen, in Berlin und Brüssel wirbt die Landesregierung für die EU. Wir fördern große und kleine Veranstaltungen und Bürgerdialoge und setzen uns auf allen Ebenen für hessische Interessen ein.

Denn das ist aus meiner Sicht zentral: Europa muss bei den Menschen ankommen und die Menschen müssen spüren, dass ihre Anliegen gehört werden.

## **Ende**

Europa, meine Damen und Herren, muss sich an der einen oder anderen Stelle neu definieren. Wir dürfen uns hier nicht zu viel Zeit lassen, sondern müssen entschlossen handeln.

Europa hat Unglaubliches geleistet. Doch nichts ist selbstverständlich. Weder Frieden noch Freiheit noch Wohlstand auf unserem Kontinent. All das können wir nur erhalten, wenn wir zusammenhalten.

All das muss immer wieder neu bewahrt, gestärkt und erarbeitet werden. Wir haben eine Zukunft nur mit Europa!